



## Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90 / Die GRÜNEN zum Doppelhaushalt 2026/2027

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Lang,  
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats,  
liebe Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Eggenstein-Leopoldshafen,

erstmalig in der Geschichte Eggenstein-Leopoldshafens haben wir über einen Doppelhaushalt beraten. Grund dafür waren vor allem personelle Engpässe im Rechnungsamt. Aber auch die allgemeine Finanzsituation war für die Erstellung eine Herausforderung, die zu der Entscheidung führte, die Haushalte für 2026 und 2027 gemeinsam aufzustellen.

### **Rückblick**

Im vergangenen Jahr wurde der neue Anbau des Rathauses bezogen. Die dort untergebrachten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung zeigen sich sehr zufrieden mit den neuen Arbeitsbedingungen. Im nächsten Schritt ist zu entscheiden, was mit den verbleibenden Gebäudeteilen des bestehenden Rathauses passieren soll. Über verschiedene Varianten wird diskutiert. Neben der vollständigen Generalsanierung des Bestands liegt ein Vorschlag für eine „kompakte“ Lösung vor, die auch aus unserer Sicht gewisse Vorteile bietet. Bevor jedoch eine Entscheidung für eine der beiden Lösungen getroffen wird, braucht es eine grundsätzliche Verständigung über die künftige Nutzung des gesamten Altbestands auf dem Rathausareal.

Der Ausbau der Kläranlage mit Faulturm und energetischer Verwertung des entstehenden Biogases schreitet voran und soll gegen Ende des Jahres in Betrieb gehen. Diese energieeffiziente Technologie ist ein wichtiger Schritt in Richtung nachhaltiger Infrastruktur. Zur Finanzierung der Investitionen wird jedoch eine schrittweise Anpassung der Abwassergebühren notwendig sein.

Wie man deutlich sieht, ist die Erschließung des Baugebiets N5 im vollen Gange und im Zeitplan. Für das geplante Pflegeheim wurden die Eckpunkte für die Suche nach einem Unternehmer für Bau und Betrieb beschlossen. Eine ähnliche Ausschreibung für die Kita wurde auch mit unserer Zustimmung verschoben, da die Größe des Kindergartens im derzeitigen Entwicklungsstadium des Baugebiets noch nicht festgelegt werden kann.

Höchst unzufriedenstellend ist die Entwicklung beim Glasfaserausbau: Es ist davon auszugehen, dass die Deutsche Glasfaser das Netz im Ort nicht bauen wird. Wir erwarten daher, dass die Verwaltung zeitnah eine alternative Lösung findet, um den Anschluss an die digitale Infrastruktur nicht weiter zu verzögern.

Seit langem fordern wir GRÜNEN den Ausbau öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur für die E-Mobilität im Ort. Dieser verzögert sich jedoch in ähnlicher Weise. Der ursprünglich beauftragte Investor ist inzwischen insolvent. Statt selbst tragfähige öffentliche Infrastruktur aufzubauen, hat die Gemeindeverwaltung auf ein Modell gesetzt, bei dem lediglich private Investoren investieren und betreiben sollen. Diese Strategie erweist sich nun als riskant und kurzsichtig. Bekanntlich sind die billigen Lösungen nicht immer die besten. Wir können nur hoffen, dass unsere Gemeinde nicht mehr allzu lange die einzige im Landkreis Karlsruhe ohne öffentliche Ladesäule bleibt.

Umso erfreulicher ist, dass der Wald- und Naturkindergarten nun in Betrieb ist. Damit wurde ein zusätzliches pädagogisches Angebot geschaffen, das auch ökologisch überzeugt. Gemeinsam mit der geplanten Aufstockung der Gymnastikhalle an der Lindenschule und dem Ausbau des ehemaligen

Hausmeisterhauses neben der Gemeinschaftsschule sind die Betreuungskapazitäten auch längerfristig gesichert.

Vor kurzem wurden nach jahrelanger Vorbereitung sowohl das Leitbild für den Gemeindewald (Waldleitbild) als auch die Waldnaturschutzkonzeption verabschiedet. Sie bilden eine zukunftsweisende Grundlage für die anstehende Forsteinrichtung und damit zum klimaangepassten Waldumbau.

### **Allgemeine Finanzsituation**

Es ist allgemein bekannt, dass es den Kommunen finanziell nicht gut geht. Eggenstein-Leopoldshafen bildet hier keine Ausnahme. In guten Jahren konnte der Ergebnishaushalt (laufender Betrieb im Rathaus) regelmäßig Überschüsse erwirtschaften und dadurch zur Finanzierung von Investitionsprojekten beitragen. Für den Haushalt 2025 war ein kleiner Überschuss von 1,1 Millionen Euro vorgesehen. Aufgrund stets konservativer Planung und der Tatsache, dass einige Ausgaben im jeweiligen Haushaltsjahr nicht realisiert wurden, fiel in der Regel das tatsächliche Ergebnis deutlich besser aus, meist etwa um 2 bis 3 Millionen Euro. Im Jahr 2025 war dies jedoch nicht der Fall. Nach Abzug von Sondereffekten durch die Umlegung des Baugebiets N5 liegt der Überschuss nur bei 0,7 Millionen Euro. Dies ist beunruhigend.

Die Wirtschaft stagniert. Die Bundesregierung rechnet für 2026 lediglich mit einem Wachstum von 0,5 Prozent. In der Regel fallen solche Prognosen häufig zu optimistisch aus. Innerhalb der Berliner Koalition blockieren sich die Partner gegenseitig, so werden angekündigte Reformen nur schleppend umgesetzt. Nur der Ausbau der veralteten fossilen Energieträger wird mit Nachdruck vorangetrieben. Der Abbau der Bürokratie findet nur im Koalitionsvertrag statt. In diesen Zusammenhang passt, dass vor zwei Wochen die neueste Steuerschätzung Mindereinnahmen von 17,8 Milliarden Euro prognostiziert hat, davon 4,3 Milliarden Euro bei den Kommunen. Für uns heißt das, die Einnahmeseite wird dünner, während die Aufgaben nicht geringer werden.

Vor allem das 2016 in Kraft getretene Bundesteilhabegesetz (BTHG) stellt die Kommunen vor erhebliche Herausforderungen, insbesondere seit 2023 die vollständige Umsetzung erfolgt. Dieses Gesetz zielt darauf ab, die Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu stärken. Das ist richtig und wichtig. Die Kosten jedoch werden zu großen Teilen auf Kommunen und Landkreise abgewälzt, ohne dass der Bund für eine ausreichende Finanzierung sorgt. So entsteht ein sozialpolitisch gut gemeintes, aber finanziell unfair verteiltes System. Auch wenn die Gemeinde diese Leistungen nicht direkt finanzieren muss, wirkt sich dies über die steigende Kreisumlage aus, die unseren finanziellen Spielraum erheblich einschränkt. Die Gemeinden müssen über die Kreisumlage einen gewissen Prozentsatz ihrer Steuerkraft an die Landkreise abführen. Wachsen die Ausgaben des Landkreises stark an, wird dieser Prozentsatz entsprechend erhöht.

Hinzu kommt die weltpolitische Situation. Der Konflikt zwischen USA/Israel und Iran hat der Weltwirtschaft großen Schaden zugefügt. Die erratische Zollpolitik vom US-Präsident Trump wirkt sich ebenfalls negativ auf die Weltwirtschaft aus.

Zusätzlich ergeben sich Belastungen aus eigenen Projekten, insbesondere durch die Erschließung des Neubaugebiets N5. Grundsätzlich ist die Entwicklung von Bauland für die Gemeinde wirtschaftlich sinnvoll. Sie kauft relativ günstig Ackerland ein und verkauft das Bauland zu einem höheren Preis. Nach Abzug der Erschließungskosten bleibt immer noch ein Gewinn übrig. Derzeit zeigt sich jedoch ein Liquiditätsproblem: Die Flächen wurden bereits erworben, während sich der Verkauf langsamer

entwickelt als erwartet. Ein Grund hierfür ist, dass mit dem Bau erst nach Abschluss der Erschließung begonnen werden kann. Die Folge ist ein erhöhter Finanzierungsbedarf, der durch Kredite gedeckt werden muss. Während die Kredite nur im Finanzhaushalt erscheinen, belasten die Zinsen auch den Ergebnishaushalt.

### **Haushalt 2026-2027**

Trotz strukturell schwieriger Rahmenbedingungen gibt es auch positive Nachrichten. Durch das Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG) erhält Eggenstein-Leopoldshafen einen zusätzlichen Geldsegen von knapp 10 Millionen Euro, die über einen Zeitraum von zehn Jahren für Investitionen eingesetzt werden können. Im Gegensatz zu anderen Ländern hat Baden-Württemberg zwei Drittel der Mittel an ihre Kommunen weitergegeben.

Die Verwaltung hat bereits eine umfangreiche Liste von Projekten vorgelegt. Darunter sind u.a. Ausgaben für PV-Anlagen, die Feuerwehr sowie die Sanierung des Dachs der Rheinhalle und der Friedhofskapelle in Eggenstein vorgesehen. Die Vorhaben sind sinnvoll, weil sie Infrastruktur erhalten und Energie sparen.

Im Ergebnishaushalt sind für 2026 Erträge von 51,4 Mio. Euro und Aufwendungen 54,0 Mio. Euro zu erwarten, ein Gesamtergebnis von – 2,6 Mio. Euro. Für 2027 werden Erträge von 53,4 Mio. Euro und Aufwendungen von 54,8 Mio. Euro und als Folge ein Gesamtergebnis von – 1,7 Mio. Euro erwartet.

Die Zahlen verdeutlichen strukturelle Probleme im Haushalt: Die Kreisumlage steigt für 2026 um einen Prozentpunkt, was für den Haushalt eine zusätzliche Belastung von 1,1 Mio. Euro bedeutet. Die Entwicklung in 2027 ist derzeit nicht absehbar, eine Entlastung jedoch ohne grundlegende Reformen der Finanzierungsstruktur der Landkreise unwahrscheinlich.

Beim **Klimaschutz** und bei der **Klimaanpassung** sehen wir noch Handlungsbedarf für die Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf unseren Straßen und Plätzen. Noch immer fehlt in vielen Straßenzügen Beschattung und Kühlung durch Bäume, die häufig noch als Konkurrenz zum Parkraum gesehen werden. Der Klimawandel scheint für Teile der Politik vorbei zu sein. Gerade in Zeiten zunehmender Hitze erwarten wir mehr Mut zu Begrünung, Entsiegelung und klimagerechter Gestaltung.

In unseren bisherigen Anträgen zu den Fahrradabstellplätzen gingen wir davon aus, dass unsere Forderungen bis 2028 verwirklicht werden. Wir sind jedoch bereit, aufgrund der aktuellen Haushaltslage die Modernisierung der Fahrradabstellanlagen zu verschieben und diese in das in Ausarbeitung befindliche Mobilitätskonzept zu integrieren. Wir erwarten jedoch, dass dieses Konzept deutlich über eine neue Parkregelung hinausgeht und auf eine CO<sub>2</sub>-freie Mobilität abzielt.

Besonders kritisch sehen wir die geplante Förderung eines Kunstrasenfußballplatzes. In die Haushaltsaufstellung wurden dafür Fördermittel in Höhe von 50% der Investitionssumme von 1 Mio.€ verteilt auf die Jahre 2027 und 2028 aufgenommen. Das ist aus ökologischer Sicht problematisch. Wie oben ausgeführt, sind die wirtschaftlichen Rahmendaten sehr unsicher. Daher ist eine restriktive Haushaltspolitik angebracht. Dies ist im Großteil des Haushaltsplans zu finden, nicht jedoch bei diesem Punkt. In der vorliegenden Form können wir dem Haushaltsplan deshalb nicht zustimmen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben am vergangenen Dienstag, 19.05.2026 den Wirtschaftsplänen für die Eigenbetriebe „Wasserversorgung“ und „Abwasserbeseitigung“ für das Jahr 2026/2027 zugestimmt.

Wir bedanken uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung, insbesondere bei Frau Reicherz, für die Erstellung des Doppelhaushalts.

Wir danken den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates für die konstruktive Zusammenarbeit.

Eggenstein-Leopoldshafen, im Mai 2026

Pia Lipp, David Spelman, Ute Wiegel